

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirkes

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 M. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf.

Druck- und Verlagsanstalt: Amt Dippoldiswalde Nr. 3, Gemeindevorstands-Bürokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochpreisigen Anzeigen werden nach Vereinbarung der Redaktion im amtlichen Tarif (von Behörden) die Teile 1/2 bis 1/4 — Einzelnummern 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sebne. — Druck und Verlag: Carl Sebne in Dippoldiswalde.

Nr. 263

Sonnabend den 11. November 1922

88. Jahrgang

## Vertilgung und Sächliches

**Dippoldiswalde.** Die am gestrigen Donnerstag stattgefundene Ausgabe der Berechtigungsliste zu der Sonnabend nachmittag 2 Uhr am Häuschen im Wöddchen stattfindende Verlosung der dabei aufbereiteten 60 Raummeter Stöcke ergab, daß sich 247 Personen an der Verlosung beteiligen wollen. Aus besonders vorliegenden Gründen konnten die Stöcke nur in 2-Raummeter-Stücken aufbereitet werden, so daß von den 247 Personen nur 30 ein Los, auf welchem eine Nummer von 2 Metern verzeichnet ist, ziehen können. Es wäre daher zu empfehlen, wenn sich vorher 2 Personen gegenseitig verpflichteten, wenn eine oder die andere Person ein Los mit einer Nummer zieht, den Holzstoß mit dem Partner zu teilen, wenn letzterer eine Niete ziehen sollte, so daß jirka 60 Personen mit Holz versehen würden. In der an die Verlosung sich anschließenden Versteigerung kommen 36 Parzellen Stöcke zum Selbstkauf in Frage. Diese Versteigerung findet im Schloß statt. An ihr dürfen diejenigen Personen, die durch die Verlosung Holz erhalten, sich nicht beteiligen.

Am Mittwochabend 8 Uhr tagte das erste Mal der Sonderausschuß „Altershilfe“, der, wie sein Name schon besagt, zur Linderung der Not der alten, erwerbsunfähigen Personen ins Leben gerufen worden ist. Außer einigen Damen gehören ihm Vertreter der Lohn- und Gehaltsempfänger, der selbständigen Gewerbetreibenden, der Landwirtschaft und der Industrie, sowie der Stadtverordnetenversammlung an. Bürgermeister Herrmann begrüßte die Erschienenen und dankte ihnen für die Bereitwilligkeit, mitzuwirken, das sorgenvolle Dasein der alten Leute zu erleichtern. Zum Vortrag kam eine Vorlage, die zur Beschaffung von Mitteln eine freiwillige regelmäßige Abgabe von jeder Lohn- und Gehaltsempfänger und entsprechende Opfer in Gestalt von Sachleistungen und Aufweisen von den Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft vorsieht. Der Rat und das Stadtverordnetenkollegium haben dieser Anregung und den weiteren Vorschlägen, die Arbeitgeber um Tragung eines Teiles der Gehalts- und Lohnabzüge anzugehen und in den Familien die Sitte einzubürgern, allen Leuten Mittagessen zu verabreichen, zugestimmt. Weiter berichtete der Bürgermeister über die von der Stadt bisher durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen für Minderbemittelte und sprach von der Möglichkeit, in der Kochküche der Mädchenfortbildungsschule Mittagessen herzustellen und an Bedürftige kostenlos verabreichen zu lassen. Er hofft, Damen zu finden, die im Bedarfsfälle diese Aufgabe unentgeltlich übernehmen. Alle Anwesenden sicherten lachträchtige Unterstützung zu. Die Vertreter der einzelnen Berufsvereinigungen werden mit ihren Mitgliedern sofort in Fühlung treten, während der Vertreter der Unternehmer versprochen, mit den hiesigen Industriellen Rücksprache zu nehmen. Am auch die freien Berufe zu erfassen, wurde vorgeschlagen, regelmäßig in gewissen Zeitabschnitten eine Sammelliste in Umlauf zu setzen. Es wurde beschlossen, die Höhe des Lohn- und Gehaltsabzuges auf 1/2% zu bemessen. Stadtrat Bogt schilderte Not und Elend der Alten. Die Verabreichung von Mittagessen würde wesentlich zur Besserung ihrer Lage beitragen. Sein Antrag, einen entsprechenden Anruf zu erlassen, wurde zum Beschluß erhoben. Nächsten Mittwoch werden die Mitglieder des Ausschusses wieder zusammenzutreten und nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Besprechungen über die weiteren Schritte beraten. Hoffen wir, daß sie überall Verständnis für die Notlage der Alten und Opferfreudigkeit gefunden haben.

Im Schützenhaus wird morgen Sonnabend die erste Veranstaltung des Kunstvereins Dippoldiswalde in Gestalt eines Pianoforte-Abends des Streiter-Quartetts stattfinden. Das Konzert wird pünktlich 7 1/2 Uhr beginnen und kann späterer Eintritt nur in den Pausen gestattet werden, auch wird jegliche Unterbrechung von Speisen und Getränken während des Konzerts unterbleiben. Eintrittskarten sind außer in Dippoldiswalde auch in der Buchhandlung von Kästner in Schmiedeberg zu haben. — Nach dem Konzert wird Schützenhausbesitzer Wörner Tanzgelegenheit bieten. — Am kommenden Sonntag wird der Turnverein Dippoldiswalde (D. T.) wieder einen der gern besuchten öffentlichen Unterhaltungsabende veranstalten. Auch diesmal ist wieder ein ganz hervorragendes Programm zusammengestellt worden, das nicht nur rein turnerische Vorführungen an verschiedenen Geräten bringen wird, sondern das auch Freilübungen, Gruppen- und Tanzaufführungen vorsieht und Kraft, Gewandtheit und Anmut in bestem Einklang zeigen wird. Aus dem Informat in dieser Nummer ist näheres zu erfahren.

Die Schraube wird weiter gedreht. Die Reichspostverwaltung plant bereits zum 1. Januar 1923 eine neue gewaltige Tarifserhöhung um mindestens 100—120%. Auch die Reichsbahn erwägt weitere Tarifserhöhungen.

Die Post nimmt kein Notgeld an. Die Postämter sind vom Reichspostministerium angewiesen worden, Notgeld, insbesondere solches von Banken, die bei vorkommenden Fälligkeiten ihrer Zahlungsmittel der Post keinen Erfolg leisten, nicht in Zahlung zu nehmen. Darunter befinden sich auch die grünen Fünfhundert-Markscheine der Sächsischen Staatsbank.

Dresden. Der Verein der Hotelbesitzer von Dresden und Umgebung hat einstimmig beschlossen, die Dresdner Hotelunternehmungen am 15. Dezember zu schließen und dem gesamten Personal zu kündigen, falls nicht bis dahin die Dresdner Weberbergssteuer herabgesetzt wird.

Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 6. November den Erzeugerpreis auf 500—550 M. für weiße, rote und gelbliche Kartoffeln festgesetzt.

Der Unglücksfall an der Staatsoper hat noch ein weiteres Todesopfer gefordert.

Die Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Vertrages über die Kronenversicherungen der deutschen Lebensversicherungs-gesellschaften in der Tschecho-Slowakei ist am Dienstag durch Ministerialdirektor v. Stöckhmann und Legationsrat Dr. Bül in Dresden erfolgt. Auch die geltenden Bestimmungen über den Verkehr mit Hopfen, Gerste und Malz wurden verlängert bzw. ergänzt.

Keine Aufhebung der religionsfeindlichen Verordnungen des Kultusministeriums. Der sächsische Kultusminister läßt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgende Meldung verbreiten: Die „Sächsische Volkszeitung“, das in Dresden er-

scheinende Zentrumblatt berichtete, daß die Fleischerischen Verordnungen aufgehoben seien (die Verordnungen Nr. 155 und 156 des Kultusministeriums). Die Mitteilung ist falsch, die Verordnungen bleiben bestehen. Nur auf die wenigen rein katholischen Schulen, die laut Vereinbarungen des Staates bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes ihren konfessionellen Charakter beibehalten dürfen, sollen die Verordnungen nicht angewendet werden. Im übrigen sind alle Volksschulen in Sachsen nach § 4 des Uebergangsgesetzes nicht christliche oder konfessionelle, sondern Gemeindefortschulen.

Das sächsische Kultusministerium weist darauf hin, daß der Skorbut oder Skorbutähnliche Erkrankungen, wie sie aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet werden, innerhalb des sächsischen Staatsgebietes zwar noch nicht in größerem Umfange beobachtet worden sind, daß aber trotzdem Maßnahmen zur Bekämpfung getroffen werden müssen. Außer den vom Landesgesundheitsamt bereits angeordneten Maßnahmen wird weiter den Schulen anbeimgelassen, im Hauskaltantritt und bei sonstiger Gelegenheit auf die Gefahren einer unzureichenden Ernährung und auf die Notwendigkeit der Versorgung mit einer vitaminreichen Kost, insbesondere frischen Gemüse und Kartoffeln, hinzuweisen. Insbesondere ist für die Berücksichtigung der Gemüse in der Kostordnung der mit den Schulen verbundenen Speisewirtschaften und bei sonstigen Schulspeisungen zu sorgen.

Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik Gebrüder Sed. Dresden. Das abgelaufene Geschäftsjahr hat für die Werkstätten der Gesellschaft eine ausreichende Beschäftigung gebracht. Allein der ins neue Geschäftsjahr übernommene Auftragsbestand betrug sich auf 259,28 Mill. M. gegen 44 Mill. M. am 30. Juni 1921. Der Rohgewinn abzüglich der Unkosten einschließlich der Zins-einnahmen in Höhe von 1,5 Mill. M. hat sich auf 9,91 Mill. M. auf 19,49 Mill. M. erhöht. Davon betragen Steuern und Versicherungen 1,12 (2,9) Mill. M. und nach Abschreibung von 1,9 (1,7) Mill. M. verbleibt ein Reingewinn einschließlich Vortrag in Höhe von 14,27 (5,94) Mill. M., aus dem 40 (30) % Dividende verteilt werden sollen. — In der Bilanz stehen die Gesamtanlagen mit 6,83 Mill. M. gegen 4,45 Mill. M. zu Buche. Davon entfallen auf Maschinen 400,902 Mill. M. und auf Betriebs-einrichtungen 550,018 Mill. M., während dieselben Kosten in der Vorjahresbilanz mit 10,033 bez. 290,116 M. eingesetzt waren. Demgegenüber betragen die Anhangskonten einschließlich Bankguthaben 70,99 Mill. M. gegenüber 47,14 Mill. M. Davon entfallen auf Lieferungen 36,23 Mill. M. gegen 7,26 Mill. M. und die Vorräte an Rohstoffen und Fabrikanlagen haben sich von 11,83 Mill. M. auf 123,71 Mill. M. erhöht, während die Schulden mit 159,42 Mill. M. gegen 38,49 Mill. M. ausgewiesen werden. — Die Erhöhung des Kapitals um 20 Mill. M. auf 40 Mill. M. ist inzwischen durchgeführt worden. Ueber das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres (die Hauptversammlung findet am 13. November in Dresden statt) läßt sich im Augenblick nichts voraussagen.

Radeberg. Die Landwirte der Umgebung haben beschlossen, dem Stadtrat Speisekartoffeln zur Verteilung an Minderbemittelte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und zwar mindestens 2 Zentner je Hektar.

Radeberg. Ein kleiner Junge der hiesigen Knabenschule, der als Katholik am Allerheiligentage die Schule verstoßen hatte, wurde mit 5 Stunden Nachhaft bestraft. Dem kleinen Bekennner wird diese Strafe dauernd im Gedächtnis bleiben.

Meißen. Eine rohe Liequale hat der Fleischer-geselle W. von hier verurteilt. Er hatte einer im Stalle des Schlachthofes eingestellten Kuh die Schwanzquaste mit einigen Knorpelwürbeln des Schwanzes abgehackt. Beim Durchschneiden des Knorpelwürbels hat W. eine Arterie durchschnitten, wodurch eine starke Blutung verursacht worden war, so daß das Tier, das vor Schmerzen sehr unruhig geworden war, sofort abgeschlachtet werden mußte. Die Schwanzquaste hat W. verkaufen wollen.

Hauswalde. Am Sonntag vormittag fand man die Witwe Pauline Körner in ihrer Wohnung erhängt vor. Man glaubt jedoch nicht an einen Selbstmord, verschiedene aufgefundenen Mutspuren deuten auf einen Mord hin.

Wurgau. In der Sonntagsnacht brannte, vermutlich infolge Brandstiftung, eine mit Getreide überfüllte Scheune des Rittergutes Ködnitz bei Wurgau nieder. Die Scheune barg die Ernte von über 110 Akkern. Der Schaden wird auf mindestens 25 Mill. Mark geschätzt.

Leipzig. Aus der katholischen Kirche in Leipzig-Lindenau sind durch Einbruch mehrere Leuchter, Tische, Decken und acht starke lange Kerzen gestohlen worden. Die Kirche erleidet einen empfindlichen Schaden.

Königswartha. In Wittichenau fatten die Einbrecher der katholischen Pfarrkirche einen nächtlichen Besuch ab. Sie stahlen zwei kleine silberne Kochlöfel. Die geplante Verabreichung des neuen Tabernakels auf dem Hochaltar mit seinen wertvollen Kelchen, Monstranzen und dergleichen schlug fehl, da das Schloß widerstandslos war. Die Einbrecher begaben sich hierauf nach dem Bahnhof und beraubten die Stationskasse um 14.000 M.

## Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde

Die Tagesordnung der am 8. November unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planitz im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft stattgefundene Sitzung des Bezirksausschusses umfaßte insgesamt 30 Punkte. Der Vorsitzende begrüßte die bis auf Stadtrat Raacke—Altendorf, der infolge dienstlicher Behinderung entschuldigt fehlte, erschienenen Mitglieder und nahm Gelegenheit, dem bisherigen Schriftführer des Bezirksausschusses, Verwaltungsinспектор Porstner, für seine langjährige gewissenhafte Tätigkeit auch an dieser Stelle bestens zu danken und dabei der Gewißheit Ausdruck zu geben, daß es auch seinem Nachfolger, Oberregierungssekretär Schumann, gelingen werde, in gleicher Weise die volle Zufriedenheit des Bezirksausschusses zu erlangen. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende zwei neuerliche Ministerialverordnungen, wonach Bezirksauschüsse mitgliedern, die nach § 14 Abs. 3 des Org.-Ges. vom 21. 4. 73 an sich in den Jahren 1922 und 1923 ausscheiden müßten, bis auf weitere, längstens aber bis Ende 1923, im Amte zu

bleiben hätten, und wonach die Entschädigung der Bezirksauschusmitglieder für die Teilnahme an den Sitzungen eine zeitliche Neuregelung erfahren habe, sowie weiter bekannt, daß die staatliche Kraftwagenverwaltung, veranlaßt durch die Zeitverhältnisse, leider zur vorübergehenden Einstellung des Verkehrs auf sämtlichen Linien des Bezirkes gezwungen gewesen sei. Nachträglich zugestimmt wurde der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 19. Oktober 1922 über die auf die Erhöhung der Getreidepreise und der Mehl- und Backmehle zurückzuführende Erhöhung des Mehl- und Brotpreises. Ferner erteilte man Zustimmung zum Ankauf eines Wertpapiers anstelle eines ausgelassen aus dem Stammvermögen des Bezirkes, sowie zur Renzifikation der Gehälter der Gemeindevorstände zu Piffersdorf, Breitenau, Färstenau und Hermsdorf b. Dippoldiswalde und genehmigte die Nachträge zur Gemeindesteuerverordnung für Niederpöbel und Sadisdorf (Zuschlag zur Grundsteuer), Kriebitz-Jaunhaus (Grundsteuer) und Reichstädt (Zuschlag zur Grundsteuer). Genehmigung fand auch der 3. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Unterfertigung der in den Ruhestand versetzten Bezirksbeamten in Färstenau, betr. den Mindestlohn der Ruhestandsunterfertigung, sowie der von der Amtshauptmannschaft aufgestellte Nachtrag zu den Bestimmungen über das Meldewesen vom 26. Mai 1922, der sich zufolge der vom Ministerium des Innern angeordneten Verbindung der politischen und steuerlichen An- und Abmeldung erforderlich macht. Dabei wurde aus der Mitte des Bezirksausschusses erwandt, daß die Ortsbehörden nicht immer der nach den Ortsschulordnungen ihnen obliegenden Verpflichtung zur Benachrichtigung der Schul-leiter vom Zugang von Fortbildungsschülern nachkämen, was schon mehrfach zu Mißbehörden wegen des nachbliebenen Schulbesuchs geführt habe. Es soll deshalb erneut auf jene Obliegenheit hingewiesen werden. Hinsichtlich des vom Stadtgemeinderat zu Glaschitz eingereichten Nachtrags zum Befoldungsplan für die städtischen Beamten beschloß man die ausnahmsweise Regelung der Angelegenheit gemäß den Beschlüssen des Stadtgemeinderats bei der Oberbehörde zu befürworten. Der Bezirksausschuß nahm dann noch Kenntnis von einem Bericht über den Verkauf des Gasthofs zu Wönschten an das Jugendamt der Stadt Chemnitz zwecks Einrichtung eines Kinderheims, insbesondere auch über die Rechtslage. Die Amtshauptmannschaft hat darnach die Interessen der Gemeinde Wönschten nachdrücklich vertreten und auch weitgehende Jugendsünden des genannten Jugendamtes erreicht. Die Gesuche des Vereins „Kruppellhufe“ Dresden und des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus, Landesverband Sachsen, um Erhöhung der ihnen aus Bezirksmitteln gewährten jährlichen Beihilfen fanden allenthalben Berücksichtigung, während die Gesuche einer größeren Anzahl Gemeinden des Bezirkes um außerordentliche Wegebaubehilfen aus Staatsmitteln befürwortet an die Kreisbauernschaft einberichtet werden sollen. Die Gesuche des Stadthausbauers Kaiser—Sende um Erlaubnis zur Ausübung des Gasthofs-Rechts im bisherigen Umfange im unteren Gasthofs zu Sende und des Landwirts Prause—Oberpöbel (Schönfeld) um Erlaubnis zum Schankbetrieb (Realrecht), Beberbergen und Krippehagen, ebenfalls im bisherigen Umfange, in der Brauerei Oberpöbel, ferner das erneute Gesuch des Händlers Eichler—Wärenfels um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein in verkehrten und versiegelten Flaschen (Rekonkzessionierung) wurden demnach, das letztere indes mit der Maßgabe, daß eine etwaige spätere Erweiterung der Konzession ausgeschlossen bleiben soll. Der hiesige Stadtrat bedarf zu einer Ausnahmewilligung, die sich infolge der Erhöhung der mit der Vergütungsteuerordnung für den Bezirk in Widerspruch stehenden besonderen Armen-kassen-Abgaben von Langvergnügungen und dergleichen erforderlich macht, der Zustimmung des Bezirksausschusses, die ausgesprochen wurde. Einem weiteren Antrage des Stadtrats zu Dippoldiswalde auf Erhöhung der jetzigen, mit der Geldwertverteilung nicht mehr in Einklang stehenden Kartensteuerätze bei Langvergnügungen usw. soll näher getreten und weiter ein Nachtrag zur Bezirks-Vergütungsteuer-Ordnung des Inhalts, daß der Bezirksauschus zur jeweiligen Erhöhung bzw. Ermäßigung der festgesetzten Steuer-ätze innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzen selbst befugt sein soll. Gemäß § 37, 3 des Enteignungsgesetzes vom 24. 6. 02 wurden die bisherigen Sachverständigen in Enteignungsfällen auf 1923 wiedergewählt. Eine weitere Wahl von Sachverständigen machte sich für die Zwecke der Konnenbekämpfung erforderlich. Sie erfolgte nach den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft. Schließlich befaßte sich der Bezirksauschus noch mit einigen das Weistintst betreffende Personalangelegenheiten, gab dem Gesuche eines ehemaligen Bezirksbeamten um Erhöhung seiner Ruhe-standsunterfertigung statt und erhöhte den Verpflegssatz beim hiesigen Weistintst in Anbetracht der fortdauernden Preissteigerung ab 1. 11. 22 auf 60 M. pro Tag, wobei indes den Ortsarmenverbänden des Bezirkes auf Ansuchen eine Ermäßigung bis auf 20 M. und darunter zugestanden werden soll, sobald sich bei den gegenwärtigen Leuerungsverhältnissen trotz der geringen Verpflegssatz-erhöhung für Gemeinden usw. kaum eine günstigere Gelegenheit zur Unterbringung pflegebedürftiger Personen bieten dürfte.

## Französische Phantastereien.

Eine Rede Loucheurs.

Der frühere französische Minister Loucheur hat in der Pariser Kammer eine große Rede über die Reparationsfrage gehalten, in der er geradezu phantastische Sanierungspläne für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas darlegte.

Loucheur wies zunächst darauf hin, daß Deutschland insgesamt bis jetzt 9 Milliarden Goldfranken bezahlt habe. Weiter könne es nicht gehen, höchstens nur in Form von Rohmaterialien und Arbeitsleistungen. Loucheur erklärte weiter, daß Deutschland sofort für bankrott erklärt werden müsse, um auf diese Weise die deutschen Finanzen einer Gesundung entgegenzuführen. Heute an eine Festigung der Mark zu denken, sei ein Undina, denn

Deutschland besinde sich am Rand des Abgrundes. Die Bankrotterklärung würde keineswegs so katastrophale Folgen haben, wie man sich gewöhnlich vorstelle. Industrielle Unternehmungen und Banken würden Schwierigkeiten haben, ihre Bilanz aufzustellen. Aber die Fabrikbetriebe würden in Tätigkeit bleiben, und die Produktionskraft Deutschlands bliebe unerschüttert. Nach der Bankrotterklärung könne man dann in Deutschland ein gesundes Währungssystem schaffen, das es ermöglichen würde, einen geordneten Staatshaushalt aufzustellen, wodurch in Deutschland richtig Preisbildungen geschaffen würden.

Am dem künftigen Wiederaufbau Deutschlands müsse nicht nur von Deutschland selbst, sondern auch von allen anderen Ländern gearbeitet werden. Durch eine internationale Solidarität müsse man 5-6 Milliarden Goldmark aufzubringen suchen und damit die neue Währung schaffen. Der Wiederaufbau Deutschlands könne aber nicht vor sich gehen, wenn nicht zugleich die Wiederherstellung Europas betrieben werde.

#### Um die Rheinlandsbesetzung.

Loucheur sprach dann von der Festigung des Friedens der nur durch die „Sicherheit“ Frankreichs gewährleistet werden könnte, und zwar besonders dadurch, daß dem Rheinlande sein „rheinischer Charakter“ wiedergegeben werde. Er denke nicht an eine Annexion, das linke Rheinufer sei mit dem Reich untrennbar verbunden. Er wolle nur mit einer internationalen Schutztruppe mit überwiegend französischem Einschlag unter Aufsicht des Völkerbundes die Möglichkeit eines neuen Angriffs verhindern. Das könne durch Verträge geschehen.

Hier unterbricht Poincaré den Redner und erklärt unter großem Beifall des Hauses:

„Es genügt der Vertrag von Versailles. Frankreich wird das linke Rheinufer nicht räumen, so lange der Vertrag nicht erfüllt worden ist. Bisher hat die Frist für die Räumung noch nicht begonnen.“

Loucheur antwortet, er könne Poincarés Ansicht in diesem Punkte nicht teilen. Er denke an die Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland über ein Sonderregime im Rheinland. Der Völkerbund müßte zusammen mit den in Betracht kommenden Mächten die Kosten für die internationale Schutztruppe im Rheinland übernehmen.

Loucheur sprach dann noch einige Worte über die Konferenz in Brüssel, die nur dann einen Erfolg haben könne, wenn sie einen Plan für die Neuorganisation Europas enthalte.

### Die unbotmäßigen Türken.

Der Kampf um die Macht in Konstantinopel.

Die Lage in Konstantinopel wird von Tag zu Tag kritischer. Die letzten Meldungen deuten immer mehr darauf hin, daß die Regierung von Angora sich noch vor dem Zusammentritt der Kaufmannsorientkonferenz der unbeschränkten Herrschaft in Konstantinopel versichern wollen. Neuerdings will sie die Staatsverträge über die Pflichten der im Ausland lebenden Staatsbürger, die sogenannten Kapitulationen, aufheben und die Gesetzmäßigkeit der gemischten Gerichte nicht anerkennen. Andere Maßnahmen der Kemalisten zielen auf eine Abschaffung der Finanzkommission und der Staatsschuldenverwaltung hin. Die Alliierten drohen mit dem Belagerungszustand.

Zwischen den verbündeten Generalen und dem Angora-Kommissar Misat-Pascha hat eine sehr erregte Auseinandersetzung stattgefunden. Die alliierten Generale haben erklärt, daß Konstantinopel entsprechend dem Waffenstillstandsvertrag zur Zeit unter alliiert er Kontrolle bleiben müsse. Misat-Pascha hat darauf geantwortet, er lehne jede Art von Kontrolle ab, werde aber in Angora noch Befehle einholen. Die Oberkommissare haben daraufhin ihre Regierungen um die Ermächtigung gebeten, den Belagerungszustand für Konstantinopel und Umgebung zu erklären. Die Regierungen haben sich mit der Behauptung des Ausnahmezustandes einverstanden erklärt; sie hoffen jedoch, daß die Androhung allein genügen werde, um die Türken zu beruhigen. Außerdem werden die alliierten Vertreter dem türkischen Außenminister Ismet Pascha ein Ultimatum überreichen, worin die Alliierten die genaueste Durchführung der Abmachungen von Mudania fordern, widrigenfalls sie entsprechende Maßnahmen treffen würden. Dies Ultimatum warnt Angora vor dem Versuche, vollendete Tatsachen zu schaffen.

#### Vertagung der Kaufmanns-Konferenz?

Havas meldet: Großbritannien hat Frankreich die Vertagung der Konferenz von Lausanne vorgeschlagen. Wenn auch Frankreich aus Organisationsgründen einer kurzen Vertagung nicht abgeneigt ist, so würde es sich wahrscheinlich einer so langen Vertagung widersetzen.

### Das Gutachten.

Marktstabilisierung und Moratorium.

Die internationalen Finanzsachverständigen, die von der deutschen Regierung eingeladen waren, um die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands zu untersuchen, haben ihre Gutachten erstattet und der Reichsregierung mitgeteilt. Es handelt sich um zwei Denkschriften, von denen die eine von den Engländern Keynes und Brand, dem Amerikaner Kent und den Schweden Cassel bereits im Wortlaut vorliegt. Das zweite Gutachten, das sich in seine wesentlichen Grundzüge von dem ersten nicht erheblich unterscheidet, soll, steht noch aus.

In dem vorliegenden Gutachten betonen die Sachverständigen zunächst die dringende Notwendigkeit, die deutsche Mark unverzüglich zu stabilisieren. Das sei eine wesentliche Voraussetzung, um Deutschland vor dem drohenden völligen Zusammenbruch zu retten. Es sei ebenso wesentlich im Interesse seiner Gläubiger, deren Ansprüche andernfalls ihren Wert verlieren würden. Falls gewisse Zugeständnisse von diesen Gläubigern gemacht werden, sei die Stabilisierung der Mark möglich. Aber sie müßte in erster Linie ausgehen von

Deutschlands eigenen Bemühungen und vermittelte seiner eigenen Kraft und entschlossenen Vorgehens seiner Regierung. Es sei hoffnungslos, in der augenblicklichen Lage die Stabilisierung von fremder Hilfe zu erhoffen, da Deutschland als wichtigste Grundlage eine eigene aufbauende Politik haben müsse, und zwar auch wenn damit Gefahren verbunden seien. Ein anderer Weg stehe nicht offen.

Auf die Frage, ob die Stabilisierung unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, antworteten die Sachverständigen mit Nein. Erstens aus inneren Gründen, vornehmlich den Wirkungen der Finanzpolitik des Deutschen Reichs in der Kriegs- und Nachkriegszeit; zweitens aus äußeren Gründen, insbesondere wegen der Lasten aus dem Versailler Vertrag.

In Bezug auf die äußeren Lasten glauben die Sachverständigen, daß, so lange Deutschland nicht für eine Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag entlastet wird, jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern und nur zur nutzlosen Verschwendung der letzten Reserven Deutschlands führen würde. Eine solche Entlastung sei daher die unentbehrliche Vorbedingung.

Der Zeitraum, für den die Zahlungen einzustellen seien, müßte aus mindestens zwei Jahre festgesetzt werden. Der Zahlungsausschub muß Sachleistungen ebenso wie Barleistungen umfassen.

Vor einer Regelung des Reparationsproblems gibt es keinen Kredit.

Die Sachverständigen sind weiter der Ansicht, daß der Erfolg eines Stabilisierungsplanes nicht von einer Auslandsanleihe abhängt, sondern vielmehr von der Bestaltung der Produktionsverhältnisse und des Staatshaushaltes in Deutschland, sowie davon, daß die endgültige Regelung des Reparationsproblems sobald wie möglich getroffen wird. In diesem würde die Unterstützung durch ein internationales Konfessionium von der größten Wirkung auf die Stimmung des Publikums sein.

#### Die Richtlinien für die Stützung der Mark.

Die Gutachter formulieren dann gewisse Bedingungen, bei deren Erfüllung die sofortige Stabilisierung der Mark mit Hilfe von Deutschlands eigenen Maßnahmen möglich ist. Sie sind der Auffassung, daß die Stabilisierung der Mark auf der Basis von 3000 bis 3500 Mark für den Dollar zu erfolgen hat und zwar unter Mitwirkung der Goldreserven der Reichsbank. Wegen die Zustimmung zum Ausschub aller Zahlungen aus dem Vertrage von Versailles für die Dauer von zwei Jahren sollte die deutsche Regierung der Reparationskommission folgende entchiedene Garantien geben:

1. in Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen angemessenen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung zu stellen hätte;

2. so lange ein Teil dieses Goldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark bei Angebot zu einem festzusetzenden Kurs zu kaufen.

Ferner wäre ein internationales Finanzkonfessionium zur Mitarbeit bei der finanziellen Stützungaktion einzuladen. Eine Devisenreserve in der erforderlichen Höhe wäre auf Basis des Goldes, das der Währungsstelle zur Verfügung steht, zu schaffen, gleichzeitig mit den Vorschüssen, die vom internationalen Konfessionium von Zeit zu Zeit auf Basis geeigneter Sicherheiten einzuräumen wären.

Weiter wünschen die Sachverständigen die Beilegung aller Devisenverordnungen und die Wiederherstellung freien und ungehemmten Verkehrs in Devisen und ausländischen Wertpapieren.

Um für ihre Devisenreserve einen möglichst hohen Betrag von den unbenutzten Devisen des deutschen Privatpublikums unter Bedingungen erhalten zu können, die das nötige Vertrauen schaffen, hätte endlich die Währungsstelle Goldschahwechsel (in Gold rückzahlbar) mit Garantie der Reichsbank mit ein bis zweijähriger Laufzeit zu einem angemessenen Zinssatz auszugeben.

### Die Räumungsfristen.

Die französischen Annexionspläne auf das Rheinland sind hinlänglich bekannt, selten aber sind sie mit solcher Deutlichkeit enthüllt worden, wie es vor einigen Tagen in der Pariser Kammer geschah. In einem Zwischenruf bei der Rede Loucheurs hat der Ministerpräsident Poincaré ganz offen und unumwunden erklärt, daß er das linke Rheinufer nicht zu räumen gedächte, so lange Deutschland den Vertrag nicht erfüllt habe. Ferner sagte er in völliger Unkenntnis des Friedensvertrages, daß die Räumungsfristen überhaupt noch nicht begonnen hätten. Von einem Aufgeben der Besetzung könne zunächst gar keine Rede sein.

Nun hat sich Poincaré ja bereits früher auf diesen Standpunkt gestellt. Damals war er allerdings noch nicht in einer verantwortlichen Regierungsstelle, heute jedoch hat er als Ministerpräsident gesprochen und damit die Auffassung der französischen Regierung wiedergegeben. Dieser Auffassung Poincarés über den Fristenlauf der Rheinlandsbesetzung muß von deutscher Seite ganz entschieden entgegengetreten werden, denn sie ist ganz unhaltbar und steht im schärfsten Widerspruch zum deutschen Standpunkte, der sich auf den Artikel 428 des Friedensvertrages von Versailles stützt. Danach sollen, um die Ausführungen des Friedensvertrages durch Deutschland sicherzustellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während bestimmter Fristen nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten Mächte besetzt werden. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages ergibt sich aber ganz klar aus dem ersten Protokoll, das errichtet worden ist, nachdem der Vertrag durch Deutschland und

drei der alliierten Hauptmächte ratifiziert worden war. Denn dieser Zeitpunkt gilt ausdrücklich als Ausgangspunkt des Inkrafttretens der Fristen bei deren Berechnung. Dieses Protokoll wurde am 10. Januar 1920 errichtet, damit trat der Friedensvertrag in Kraft und seitdem laufen die im Vertrage vorgesehenen Fristen, auch die für die Besetzung und entsprechende Räumung der Gebiete westlich des Rheins. Es kann gar nicht entschieden genug auf diese Tatsache, die klar und einwandfrei durch den Friedensvertrag selbst als gesichert erscheint, hingewiesen werden.

Letzten Endes kommt der Standpunkt Frankreichs ausschlaggebend überhaupt nicht in Frage, denn nach dem Vertrage haben über die Frage der Besetzung sowie über das Laufen der Fristen und die nach fünf Jahren beginnende Räumung nicht Frankreich, sondern einzig und allein sämtliche vertragsschließenden Mächte zu befinden.

### Die neuen deutschen Vorschläge.

Der Reparationskommission überreicht

Die neuen von der Reparationskommission verlangten präzisen Vorschläge der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark sind Mittwoch abend der Reparationskommission eingehendigt worden. Die deutschen Vorschläge sind wesentlich beeinflusst durch die vier Gutachten der ausländischen Sachverständigen, die teils die Frage der Stabilisierung der Mark, andererseits die Frage der Organisation des internationalen Banksyndikats und die Frage der Bankkredite behandeln.

Die deutsche Regierung erklärt in ihrer Note erneut, daß sie die Festigung und Besserung des Marktes als die augenblicklich dringendste und wichtigste Aufgabe ihrer Politik betrachtet. Einen dauernden Erfolg kann sie sich — in Uebereinstimmung mit den Sachverständigen — allerdings nur dann versprechen, wenn eine endgültige Lösung des gesamten Reparationsproblems sofort in Angriff genommen und mit größter Beschleunigung zu Ende geführt wird.

Immerhin scheint es der Regierung jetzt möglich, im Wege eines Zusammenarbeitens eines internationalen Syndikats mit der deutschen Reichsbank Maßnahmen zur Stützung der Mark zu ergreifen. Die deutsche Regierung empfiehlt den Plan der Sachverständigen, (deren Gutachten der Note an die Reparationskommission in der Form von Anlagen beigegeben worden sind) der ersten Beachtung der Reparationskommission und bittet, sie als Grundlage für die weitere Behandlung der Stabilisierungsfrage zu benutzen.

Die deutsche Regierung macht sich insbesondere den Gedanken zu eigen, daß die Stützungaktion durch ein internationales Banksyndikat sofort in Angriff genommen werde. Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, auch ihrerseits an der Stützungaktion mitzuwirken und an der Aufbringung der Mittel sich zu beteiligen.

Auf dieser Grundlage hätte die Stützungaktion in der Weise sich zu vollziehen, daß der Markkurs nach einheitlichen Gesichtspunkten durch den An- und Verkauf von Devisen reguliert wird.

#### Die Notwendigkeit des Moratoriums.

Die deutsche Regierung verweist dann auf die erste Bedingung der Sachverständigen, daß während der Tätigkeit des internationalen Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der von diesem gewährten Vorschüsse Deutschland von jeder Barzahlung und Sachlieferung vorübergehend befreit werden muß. Die Reichsregierung ist jedoch bereit, die Lieferungen für den Wiederaufbau auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, soweit sie möglich sind ohne Berechnung der schwebenden Schulden und soweit sie aus dem Budget zu bestreiten sind.

Das von der Regierung in Uebereinstimmung mit den Sachverständigen vorgeschlagene Unternehmen soll, wie in der Note ausdrücklich betont wird, nicht nur die Rettung Deutschlands aus seinen finanziellen Schwierigkeiten bezwecken, die Balancierung des Budgets möglich machen, sondern auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Deutschland in den Stand gesetzt werde, wieder Reparationen zu machen und auswärtige Anleihen aufzunehmen, deren Erlös die Abtragung der deutschen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage ermöglichen würde.

### Das Gutachten der Bankiers.

Marktstützung mit 500 Millionen Anleihe und 500 Millionen Reichsbankgold.

Die Vorschläge der Bankierssachverständigen, auf die sich die deutsche Antwortnote bezieht, lauten darauf hinaus, daß die Reparationskommission Bankierssachverständige und Finanzleute zusammenberuft, um mit ihnen die Bildung eines internationalen Syndikats und die Gewährung eines ausländischen Bankkredits unter Mitwirkung der Reichsbank zu beraten.

Das Syndikat müßte mit einem Kapital von mindestens 500 Millionen Goldmark gegründet werden können. Der ausländische Bankkredit wäre aufzunehmen in der Form von Wechseln, die von der deutschen Finanzverwaltung ausgegeben und mit der Bürgschaft der Reichsbank ausgestattet werden. Die Reparationskommission müßte das Prioritätsrecht dieser Forderungen vor allen Reparationszahlungen anerkennen. Die deutsche Regierung hätte als besondere Garantie für die Rückzahlung der Vorschüsse der Vertrag der Ausfuhrzölle zur Verfügung zu stellen. Neben den Leistungen des Syndikats hätte die Reichsbank sich zu verpflichten, in der Stützungaktion mit einem Betrage von gleicher Höhe — also 500 Millionen Goldmark — teilzunehmen indem sie unter der Verpfändung ihres Goldbestandes einen Bankkredit in gleicher Höhe aufnimmt.

Die Beteiligung des Auslandes an der Stützungaktion ist nach Ansicht der Bankiers nur dann möglich, wenn Deutschland während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der

Beschüsse von allen Reparationszahlungen und Sachleistungen befreit wird.

In einem besonderen Gutachten des englischen Sachverständigen Brand wird über die Möglichkeit der Aufnahme des Bankkredits in England erklärt, dass, wenn ein vollständiges Moratorium auf einen gewissen Zeitraum eintreten würde, — etwa für zwei Jahre — und andere Staaten die Forderung übernehmen würden, es möglich wäre, dass Ländereigentümer in der Form von Akzepten sich mit einem Kredit von fünf Millionen Pfund Sterling beteiligen würden. Außerdem sind auch von einer Schweizer Bank Kredite in Aussicht gestellt.

## Englands neuer Kurs.

### Zusammenarbeit mit Frankreich.

Der englische Außenminister Lord Curzon hat in einer Versammlung der Londoner Geschäftsleute eine wichtige Programmrede über die Außenpolitik der neuen britischen Regierung gehalten. Als Hauptgrundsatz der englischen Politik bezeichnete er die Zusammenarbeit mit Frankreich. In der Ausweitung der Einigkeit läge die beste Garantie für die Sicherheit für Frankreich sowohl wie für England und für die Dauer des europäischen Friedens. Die Meinungsunterschiede seien nur sehr klein, während die gemeinsamen Interessen sehr groß sind. Was England zu vermeiden wünsche, sei die Politik des Wagnisses. Wir haben vom Krieg genug, und ich glaube, dass man in Frankreich ähnlich denkt.

Zum Reparationsproblem erklärte Curzon, dass nach seiner Ansicht die Sachverständigen die deutsche Zahlungsfähigkeit zu erwägen und dass dann die Mächte zu entscheiden hätten. Frankreich sei geneigt zu denken, dass England mit Deutschland gelinde zu verfahren wünsche. Er denke gar nicht daran, England sei allerdings von dem Gefühl durchdrungen, dass die wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands für Europa von wesentlicher Bedeutung sei, und es sollte Deutschland die Möglichkeit geboten werden, sein Gleichgewicht und seine Selbstachtung wieder zu gewinnen. Aus diesem Grunde sei England stets für die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde. Falls Deutschland den Wunsch habe, einzutreten, werde dies sicherlich nicht dazu beitragen, dass Deutschland einer berechtigten Verpflichtung entzöge.

### England als „fairer“ Vermittler.

Curzon führte weiter aus, er möchte Deutschland nicht auf Kosten der Alliierten begünstigen und möchte versuchen, zwischen den beiden fair zu sein. Er hoffe, dass man mit friedlichen Mitteln zu einer Lösung kommen werde und glaube, dass jeder Versuch, die Frage mit Gewalt oder durch willkürliche Maßnahmen zu erledigen, fehlschlagen würde. Bonar Law habe Frankreich die Freundschaft hingefredet, und er hoffe, dass Frankreich sie ergreifen werde.

### Zu der Lage im Nahen Osten

erklärte Curzon, dass sie im gegenwärtigen Augenblick eine Bedrohung des Weltfriedens bedeute. Die Maßnahmen der Türkei während der letzten 24 Stunden dürften nicht gebildet werden. Sie seien keineswegs gerechtfertigt. Er freute sich, dass die drei alliierten Kommissare in Konstantinopel darin einig sind, der drohenden Gefahr entgegenzutreten. Curzon schloss seine Rede mit der Erklärung, er gehe nach Lausanne mit dem Vorhaben, für die

Friedenssache beträchtliche Opfer zu bringen, aber die Türkei müsse wissen, dass die Angelegenheit auch ein mal ein Ende haben müssen. Die Türkei müsse sich ferner darüber klar sein, dass die Städte Englands und die Macht Europas einen starken Pressen bilden gegen den die Türkei vergeblich antreten würde.

## Suspension der Orientkrise.

### Angora befreit sich der Räumung Konstantinopels.

Die Regierung von Angora hat den alliierten Oberkommissaren eine neue Note überreicht, in der sie ihr Ersuchen wiederholt, dass die alliierten Truppen Konstantinopel räumen, und dass die alliierten Kriegsschiffe entfernt werden, da ihre Anwesenheit mit der kemalistischen Verwaltung Konstantinopels unvereinbar sei.

Die Oberkommissare haben dem kemalistischen Gouverneur Misfaat Pascha gegenüber abermals die Unzufriedenheit der Alliierten über die Haltung der Kemalisten zum Ausdruck gebracht. Misfaat Pascha hat sich jedoch dadurch nicht bewegen lassen, seine Maßnahmen rückgängig zu machen und hat den Vertretern der Alliierten deutlich zu verstehen gegeben, dass jetzt nicht mehr die Alliierten, sondern die Regierung von Angora in Konstantinopel zu befehlen habe. Man erwartet nunmehr die Verhängung der Belagerungszustandes durch die Alliierten.

### Neue Flottenzusammenschickungen vor Konstantinopel

Das französische Großkampfschiff „Jean Bart“ hat Befehl erhalten, sofort nach Konstantinopel abzugehen. Ferner ist das amerikanische Kriegsschiff „Pittsburg“ auf Anweisung des Washingtoner Marineabteilungsamts von Gibraltar nach Konstantinopel abgegangen, um dort auf alle Fälle bereit zu stehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat außerdem bei der kemalistischen Regierung Protest gegen das Verlangen eingelegt, die Dardanellen zu schließen.

### Neue türkische Übergriffe.

Die kemalisten haben die Kibel bei Tschanak-Dokale durchgeschritten. In Kassin-Pascha sind zwei englische Soldaten ermordet worden.

### Kurze Aufhebung der Orientkrisis.

Poincaré, der grundsätzlich gegen eine Vertagung der Lausanner Konferenz ist, um den türkischen Nationalisten nicht die Möglichkeit zu weiteren Eigenmächtigkeiten zu geben, erklärte sich mit einer sehr kurzen Verschiebung einverstanden. Er hat der englischen Regierung mitgeteilt, dass er den 20. November als äußersten Zeitpunkt des Zusammentritts der Orientfriedenskonferenz in Lausanne ansehe. Die italienische Regierung geht mit der französischen Hand in Hand.

## Politische Rundschau.

1 Nach dem „Matin“ ist der Generalsekretär der Genuevise Konferenz, der frühere Vorkämpfer in Washington, Baron Azevedo, als Nachfolger des Grafen Storja zum italienischen Vorkämpfer in Paris ernannt worden.

2 Die rumänische Regierung hat den in Eisenbürgen gelegenen, mehrerer tausend Köpfe umfassenden Grundbesitz des ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Banffy, enteignet.

3 England: Lord George über die Reparationsfrage. 4 Lloyd George erklärte in einer Rede in Newcastle on Tyne über die Reparationsfrage: Wenn man über eine Verabbarung übereingekommen sei bezüglich des Betrags,

den Deutschland zahlen könne, so müsse er in gleichem Maße zwischen den Alliierten verteilt werden. Eine wichtige Konferenz solle innerhalb der nächsten Wochen stattfinden. Wenn die britischen Vertreter nicht das verfechten, was für alle Alliierten fair sei, so könne man sich darauf verlassen, dass die britischen Interessen leiden würden. Er freute sich über die Mitteilung, dass Bonar Law persönlich daran teilnehmen werde.

### Die Beratung der deutschen Vorschläge.

Berlin, 8. November. Das Reichskabinett nahm heute vormittag von den inzwischen überreichten Gutachten der ausländischen Finanzfachverständigen Kenntnis. Heute nachmittag trat die Regierung erneut zusammen, um sich über den Inhalt der von der Reparationskommission verlangten Vorschläge schlüssig zu werden. Die deutsche Antwort mit den Vorschlägen zur Stabilisierung der Mark wird höchstwahrscheinlich morgen überreicht.

### Das Anwachsen der Großhandelsindexziffer im Oktober.

Berlin, 8. November. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von dem 287. fachen im Durchschnitt des September auf das 568. fache im Durchschnitt des Oktober oder um 97,2 v. H. gestiegen. Besonders scharf war die Preissteigerung bei der Gruppe der Lebensmittel, deren durchschnittliche Preislage von dem 259,1 fachen auf das 564,2 fache oder um 117,8 v. H. emporzuschellte. Im einzelnen stiegen: Getreide und Kartoffeln von dem 243,1 fachen auf das 523 fache; Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von dem 261,2 fachen auf das 579,7 fache; Rohmaterialien von dem 411,6 fachen auf das 924,9 fache usw. Ende des Monats ist die durch die vorgenannten Ziffern gekennzeichnete Preislage weit überholt. Die auf den 25. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer erreicht das 726 fache und hat somit gegenüber dem Durchschnitt des September (287 fache) eine Steigerung um 153 v. H. erfahren.

### Der Sultan auf einem englischen Kriegsschiff.

Paris, 8. November. Bi-der „Reit Parisien“ aus Konstantinopel erfährt, befindet sich der Sultan zurzeit in Sicherheit an Bord eines englischen Kriegsschiffes im Bosporus.

### Demokratischer Wahlsieg in Amerika.

New York, 8. November. Bei der Neuwahl der 435 Abgeordneten zum Repräsentantenhaus, eines Drittels der Senatoren und der Staatsgouverneure hat die demokratische Partei den Sieg davongetragen. Nach den bisherigen Meldungen werden die Republikaner eine große Anzahl von Sitzen im Repräsentantenhaus und wenigstens einen Sitz im Senat, den der Senator Calder in New York, zugunsten der Demokraten verlieren. Außerdem haben die Demokraten den Gouverneursposten von New York zurückerobert. Der Demokrat Smith hat den augenblicklichen republikanischen Gouverneur Miller geschlagen.

### Die Opfer der nordamerikanischen Bergwerkskatastrophe.

Spanker (Pennsylvanien), 8. November. Von den Opfern der Bergwerkskatastrophe sind bisher 64 Leichen geborgen worden. 32 Verwundete wurden ins Krankenhaus gebracht, 13 Bergleute werden noch vermisst.

### Anzahlung der Teuerungszuschläge.

Berlin, 9. November. Nachdem der Reichsrat die für die Beamten vorgeschlagenen Teuerungszuschläge genehmigt hat, ist ein Rundtelegramm des Reichsfinanzministers an alle Dienststellen ergangen, den Beamten die gewährten Erhöhungen sofort auszu-

## Dohnas Untergang

### oder: Das Kastaniendörfchen.

Eine historische Erzählung aus dem 14. und 15. Jahrhundert.

#### (A. Fortsetzung.)

#### V. Wechthilde.

Da, wo in gegenwärtiger Zeit bei der Wasserheilanstalt zu Kreischba die Lohwiesbach und das Quochener Bächlein sich verbinden, trat man, wenn man von der Mühle im tiefen Grunde oder von dem Dörflein Gombjen auf einem nur selten betretenen Pfade hierher gelangte, aus Wald und Gebüsch auf eine große sumpfige Wiese, die sowohl nach aufwärts im Tale nach Lungwitz, als auch eine Strecke heraus im Tale, wo jetzt das Dorf Kreischba erbaut ist, jahraus, jahrein mit einzelnen Wasserlachen überzogen oder teilweise mit kleinen Teichen überdeckt waren, in welchen eine Anzahl von Fröschen, Unken und anderem Gewürme ihren Wohnsitz ausgeschlagen hatten, deren Verfolger, als Störche, Reiher, Kiebihe, wilde Hühner, Enten usw., in der Jahreszeit, wo wir eben die Plätze besuchen, die Säume dieser Pfützen und Sumpfe zahlreich belagert hielten. Große Streden dieser Sumpfe waren mit Schilf, Ried- und anderen hohen Sumpfpflanzen überzogen, während zwischen denselben freundliche grüne Wiesenplätze mit mancherlei Blumen geschmückt uns ergötzen. Die Ufer der bereits erwähnten Bäche waren, so weit sie unsern Augen sichtbar, mit Weiden, Erken und anderem Gesträuch dicht bewachsen; nirgends führte eine Brücke, wie jetzt deren allenthalben den Grund gangbar machen, über einen dieser Bäche, nebeneinandergelegte Stämme gewährten in den warmen und trockenen Jahreszeiten einen dürftigen Uebergang. Im Winter und beim hohen Wasserstand war der Grund nicht zu passieren. Allenthalben war jedoch dieses Tal in die Nacht tiefer Wälder und der sie umgebenden mächtigen Berge begraben. Wo das Auge jetzt freundliche Häuser, Gärten, Blumen und Felder begrüßt, sah es damals nur Wald, der an vielen Orten noch undurchdringlich schien, und dessen Säume man vom Grunde aus, da wo er am Horizonte abnahm, mit den Augen zu erreichen selten imstande war. Doch überrascht wurde der Wanderer, wenn er hier doch auch schon menschliche Wohnungen und nach der Gegend hin, wo jetzt das Rittergut Izhedwitz liegt, durch den tiefen Wald eine Pflanzung gewahrt wurde, die eine große Strede urbar gemachtes Land einnahm. Hier lag, und zwar auf der kleinen Anhöhe dicht über der Stelle, wo jetzt noch die sogenannte Ufermühle steht, ein kleiner Meierhof des zu jener Zeit wohlhabenden Klosters Sobrigau. Eine Einfriedigung von hohen, starken Pfählen, welche dicht nebeneinander eingerammt und kreuz-

weis übereinander befestigt waren, umschloß einen Raum, in dessen Mitte zwei steinerne Gebäude, mit Stroh gedeckt, lagen, von denen das eine durch seine starken Mauern, kleinen Fenster mit runden, in Blei gezogenen Scheiben als ein bewohntes, für die damalige Zeit stattliches Haus sich erkennen lies. Es hatte ein Stodwerk aufgesetzt und einen hohen steinernen Giebel. An dieser Giebelseite waren die Fenster höher, als an der dem Viehhof zugekehrten Front des Hauses, und vom Giebel aus sah man durch eine große runde Tür in die gepflasterte Hausflur, welche reinlich und nett mit mancherlei Gerätschaften, namentlich Fässern, Eimern usw., ausgestattet war. Im Hintergrunde war der Raum durch einen großen Feuerherd ziemlich ausgefüllt, um welchen eine Menge irdene und metallene Gefäße in großer Ordnung aufgestellt und aufgehängt waren. Eine steinerne Treppe führte von hier aus nach oben. Diesem Hause gegenüber stand ein anderes, ebenfalls von Stein, ohne Fenster, war jedoch mit Lutten und Türen versehen, und diente zu Ställen und zur Aufbewahrung der Vorräte. Einzelne Bäume, welche eben ihre Knospen zu entfalten anfangen und einige Fliederbäume zierten den durch einen rohen Bretterverschlag vom Viehhofe getrennten Garten. Das schon erwähnte, urbare Land war zu Feld bearbeitet, und hier und da entwielen sich graue Saaten. Auf dem Meierhofe sah man einzelne Kühe, Kälber und Ziegen frei herumlaufen, die von Zeit zu Zeit einem Haufen frisch hingeworfenen Grases zusprachen. Vor der Eingangstür zur Meierei waren zwei hohe steinerne Kreuze und in einer Nische ein Marienbild bemerkbar. Auf den Stufen, die zur Haustür des Wohnhauses führten, lag ein großer Hund, und an dem, mit einer starken eichenen Tür versehenen Eingange des Wohngebäudes pickten Lauben die dort hingeworfenen Körner auf. Am Fuße der kleinen Anhöhe, auf welcher die Meierei stand, war eine kleine Mühle erbaut, und flapperte mit einseitigem Tone Tag und Nacht.

Es war wieder Mai, und zwar im Jahre 1396, als eben die Sonne über die die Höhen bedeckenden uralten Bäume herabsinken wollte, als die Meierin des Hofes, eine reinlich gekleidete Frau, die die 50 bereits erreicht zu haben schien, zu der bemerkten Haustür heraus trat, sich besorglich nach alten Seiten umsah und horchte und lautstich, endlich bedächtig mit dem Kopfe schüttelte und für sich laut sprach: „Das Mädchen ist heute länger als sonst; es wird ihr doch nichts zugestoßen sein? Der Weg im tiefen Grunde durch den Eichwald und den Eichberg herab ist so schauerlich — doch Vater Urban pflegt ihr doch jedesmal das Geleite zu geben bis an die Bach und den Steig über denselben!“ Als sie noch diese Worte sprach, trat aus dem Walde hinter der

Meierei, als Knecht gekleidet, Wernher von Winau. „Gundram!“ rief die Meierin, als sie selbigen ansichtig wurde; „es dunkelt bereits und Jungfrau Wechthilde ist noch nicht vom Klausner zurück!“

Erschrocken sagte Gundram: „Mutter, gebt mir schnell den Rittel und das große Schwert; ihr ist etwas zugestoßen; die Dohna's sind eben heute auf Izhedwitz gewesen, und der Jeschke ist trunken zu Pferde unten am Weidigt gen Gombjen mit einigen Mannen geritten; — sollte ihm vielleicht eingefallen sein, dem Bruder Urban heimzusuchen, dann hätte er die Jungfrau dort getroffen! Tod und Teufel!“

„Gundram, Ihr vergeht Euch!“ rief die Meierin. Sie sprang in das Haus und kam bald mit dem Verlangten zurück.

Das große alte Schwert band sich Gundram um die Brust, zog einen weiten Rittel darüber, drückte den breiten Hut tief in das Gesicht und eilte mit großer Hast bei der Mühle über das Wasser nach der großen, sumpfigen Wiese.

„Seid vorsichtig, Gundram, wie Euch der Herr Abt geboten, sonst könnt Ihr uns alle noch unglücklich machen!“

Mit großer Unruhe in der Brust eilte Gundram am Bergabhang dem Hohlwege im tiefen Grunde nach dem Eichberge entgegen. Bald hörte er Geräusch und Pferdegetrappel; aus dem Walde am Steige, wo er über das Wasser führte, trat Burggraf Jeschke zur Seite Wechthildis, hinter ihm Urban nebst 2 Knechten, die Pferde führend. Ihnen ganz nahe, warf sich Gundram ins hohe Gras.

„Bis hierher und nicht weiter, Gestrenger“, sprach Wechthilde, „kann ich Euer Geleite annehmen; hier scheiden wir, ich und Urban, jedesmal, und so auch sollt Ihr. Ihr habt bis zum Wiesenstein noch weit und werdet spät zur Nacht zu Eurem Imbiss gelangen; Eure Pferde und Mannen sind müde.“

„Ihr seid eine herrliche Maid, und hätte ich gehnet, daß die Meierei eine solche Perle vergraben, ich würde nie so oft vorüber geritten sein, ohne dort einzutreten; ja, ja, die Rindchlein von Sobrigau lieben schöne Jungfrauen in ihren Gauen, und der gleichnerische Abt kommt wohl häufig, mit Euch zu lösen?“

„Schweig, sprichst mit mehr Ehrfurcht von unserem lieben Abt, Ihr und ich seid nicht wert, diesem frommen Manne die Schuhriemen zu lösen! Nun geht, ich mag mit Euch, der Ihr mit so geringer Ehrfurcht von einem frommen Manne sprichst, nichts zu tun haben!“

(Fortsetzung folgt.)

zahlen. Es ist damit zu rechnen, daß Anfang nächster Woche bereits die fälligen Beträge zur Verteilung gelangen.

### Lohnverhandlungen im Bergbau.

**Berlin, 9. November.** Heute fanden im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen über die Löhne im Kohlenbergbau statt. Es werden zunächst Besprechungen über die Löhne im Ruhrbergbau erfolgen, an die sich dann die Verhandlungen für die übrigen Reviere anschließen. Die Kohlenarbeiter verlangen entsprechend dem Anwachsen der Feuerung eine Aufbesserung der Löhne. Gleichzeitig haben auch die Arbeitnehmer im Kaliberbau neue Forderungen an die Arbeitgeberverbände gestellt. Der Reichskaliber wird am kommenden Montag zusammengetreten, um sich mit den Lohnwünschen der Arbeitnehmer zu beschäftigen.

### Wiederaufbau der irischen Rebellen.

**London, 9. November.** „Daily Chronicle“ meldet aus Dublin, daß irische Rebellen aus verborgenen Stellungen einen überraschenden Angriff auf die dortige Kaserne unternommen hätten. Sie besetzten den Kasernenplatz, auf dem gerade 300 Mann unbewaffnete Freistaatstruppen in Paradeformation aufgestellt waren, mit schweren Maschinengewehrfeuer. Während des Kampfes, der sich entwickelte, verloren die Regierungstreue Kräfte einen Toten, 14 Verwundete, die Rebellen zwei Tote, zahlreiche Verwundete, einen Gefangenen. Die Rebellen wurden schließlich in die Flucht geschlagen.

Spätestens im Frühjahr 1923 sollen nach einer amtlichen Mitteilung des preussischen Innenministers die Neubewahlen zu den Gemeindevertretungen stattfinden. Der badische Landtag hat den Minister des Innern Kemmle (Dsp.) zum Staatspräsidenten ernannt. An Stelle des zurückgetretenen Dr. Hummel wurde Prof. Dr. Dellpach zum Kultusminister ernannt.

### Aus Stadt und Land.

**Ein Bombenattentat in Leipzig.** In der Nacht zum 9. November wurde im Leipziger Volkshaus dem Sitz der dortigen sozialdemokratischen Partei eine Explosion verursacht, die aber nur geringfügigen Schaden angerichtet hat, während Personen nicht verletzt worden sind. Am Tore des Haupteinganges wurden die Ueberreste einer offenbar mit Schwarzpulver gefüllten Ladung vorgefunden. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Das Leipziger Volkshaus war bekanntlich während des Kapp-Putsch durch eine Brandgranate zerstört und erst in der letzten Zeit neu errichtet worden.

### Handelsteil.

**Berlin, 9. November.** Der Dollar erlitt an der heutigen Berliner Börse einen erheblichen Rückschlag; er kurbte von 9127 auf 7780 um. Man war an der Börse auf Grund der heutigen neuen Vorhersage der Reichsregierung optimistischer in Bezug auf die deutsche Mark geworden. Es kam auch ziemlich erhebliches Angebot an Devisen heraus. Immerhin hielt eine ganze Reihe von Devisenbesitzern an ihrem Stande fest, sodaß die später eintreffenden Käufe sofort wieder stärkere Steigerungen hervorriefen.

Die Effektenbörse blieb heute geschlossen. Immerhin machte sich auch hier ein Nachlassen der bisherigen Kaufkraft bemerkbar.

Die Berliner Produktendörse stand völlig unter dem Einfluß der abflauen den Devisen. Der Handel hielt völlig mit seinen Aufträgen zurück, während der Verbrauch nur seinen notwendigen Bedarf befreite.

### Stand der Mark.

Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	9. 11.	8. 11.	1914
1 holländischer Gulden	2892	3551	1,07 M
1 belgischer Franken	483	513	0,80 "
1 dänische Krone	1615	1825	1,12 "
1 schwedische Krone	2134	2438	1,12 "
1 italienische Lira	324	384	0,80 "
1 englisches Pfund	34913	40398	20, - "
1 Dollar	7780	9127	4,20 "
1 französischer Franken	458	553	0,80 "
1 schweizerischer Franken	1386	1675	0,80 "
1 tschechische Krone	237	296	- "

### Letzte Nachrichten

#### Die Rückkehr der Kommission.

Paris, 10. November. Die Abendblätter teilen mit, daß die Reparationskommission am Sonnabend mittag wieder in Paris eintrafen und am Montag eine Sitzung im Hotel Astoria haben wird. Es soll sofort über die Antwort auf die neuen deutschen Vorschläge beraten werden.

#### Kurzzeichen der Margarinepreise.

**Eleve, 9. November.** Die niederhessischen Margarinefabriken haben die Margarinepreise um 277 M pro Pfund erhöht. Danach kostet die billigste Sorte 930 M pro Pfund.

#### Die Reichsdruckerei schafft nicht mehr!

Der Bedarf an Papiergeld ist in letzter Zeit infolge der fortschreitenden Geldentwertung derart gestiegen, daß die Reichsdruckerei den Papiergelddruck nicht mehr allein bewältigen kann. Dazu kam in neuerer Zeit, daß die Verteilung der Banknotenbestände auf die verschiedenen Ausgabestellen im Reich erhebliche

**Dollarstand Freitag mittag: 7470—7500**

Heute früh entließ nach langem, schwarzem Leiden meine innigstgeliebte Frau, meine liebe Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester und Tante

### Minna Lina Weichelt

geb. Zimmermann.

Die Beerdigung findet Montag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Reichstädt, 10. November 1922.

In tiefster Trauer  
**Paul Weichelt nebst Sohn.**

Transportkosten und Sicherheitsmaßnahmen während der Ueberführung der Milliardensummen beantragte. Infolgedessen wurde eine ganze Anzahl von Privatdruckereien für den Druck von Papiergeld herangezogen. Gegenwärtig sind rund 20 Druckereien im Reich mit der Herstellung von Papiergeld betraut. Es handelt sich natürlich um die Bedruckung des Notenpapiers, das in der staatlichen Geldpapierfabrik hergestellt ist.

**Die alliierte Kontrolle in Konstantinopel eine Post.**  
London, 8. November. Die letzten Depeschen zeigen, daß die Alliierten in Konstantinopel durchaus als Herren auftreten und daß die alliierte Kontrolle zur Post geworden ist. Die Situation gilt als höchst gefährlich. Der „Daily Chronicle“ bezweifelt die behauptete volle Einigkeit der Alliierten und erklärt, die Entwicklung als die natürliche Folge der Wählerleien gegen Lord George.

### Kirchen-Nachrichten.

**Sonnabend den 11. November 1922.**  
Johnsbach, 2 Uhr Abendmahl.  
22. Sonntag nach Trinitatis, den 12. November 1922.  
Text: Pbil. 1, 3—11. — Lied: 399.  
Landeshollekte für die Jungmännerbünde.  
Ephorie: Einweisung des neuen Hilfsgeistlichen in Ripsdorf.  
Dippoldiswalde, 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pfarrer Rosen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rosen. 11 Uhr Kindergottesdienst (2. Abteilung): Pfarrer Rosen. 4 Uhr Liedergottesdienst.  
Johnsbach, 9 Uhr Lesegottesdienst. 1 Uhr Jugendgottesdienst (Jünglinge).

**Erna Hesse  
Arthur Estler**  
grüßen als Verlobte  
Schmiedeberg den 9. November 1922

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und wertvollen Geschenke sagen wir hiermit, auch im Namen unserer Eltern und Tante, unseren herzlichsten Dank.  
Hennersdorf, den 6. November 1922.  
Albert Steil und Frau Martha, geb. Fischer-Schäffer.

**Jugendverein „Edelweiß“, Obercarsdorf**  
Sonnabend den 11. November  
Bergnügen im Gasthof Alberndorf.  
Anfang 8 Uhr. Kapelle Großmann. D. S.  
Ein feiner, großer Transport  
bester Original  
Oldenburger u. Ostfriesischer  
**Pferde**  
trifft Sonnabend den 11. 11. ein und steht ab Sonntag preiswert bei uns zum Verkauf  
**Hainsberg, Sa. Emil Räßner & Co.**  
Hennersdorf Tel. 296.

**Pädagogischer Verein**  
So. 1/2 Uhr Versammlung.  
in der Schule Schmiedeberg.  
L.-D.: Schule und Elternhaus  
(Derr Rede).

**Unmoderne Güte**  
werden wieder auf neu vorge-  
richtet in der  
**Färberei Kunst,**  
jetzt Freiburger Str. 238.  
**Starke Ferkel**  
hat abzugeben  
Erbsgericht Hennersdorf.

**Porto und Fracht spart,** wer keine Druckfaden am Orte herstellen läßt, in Dippoldiswalde also in der Buchdruckerei von Carl Jehne. Hier wird man auch gut und pünktlich bedient.

**Winterpelz-Felle**  
Hasen- 400 Mark  
Kanin- (groß) 250  
Maulwurf- 100  
Ziegen- und alle anderen Felle  
kauft zu den höchsten Tagespreisen  
**Max Arnold**  
Dippoldiswalde, gegenüb. d. Post.  
Die höchsten Preise für  
**Häute und Felle**  
zahlt  
**Bernhard Arnold,**  
Lohgerber, Gerberplatz.  
**Dr. Ballebs Frostheil**  
verlagert nie bei Frostbeulen. Zu hab. bei Herrn Kommandant, Drogerie zum Elefanten, Dippoldiswalde.  
Guterhaltenes  
**Damenrad**  
zu kaufen gesucht.  
Dr. Roth, Sellerei.

**Benzin-Motor**  
6 PS., passend für Landwirt oder Werkstatt, verkauft preiswert  
Kunze rat. r. Dippoldiswalde  
am Bahnhof. Telefon n 181

**Flamor!**  
Was ist Flamor?  
Flamor ist ein Trodenenerleid-  
Apparat. Zu beziehen zum Preise  
von 200 M. durch  
**Max Dreher, Hirschbach.**  
Alleinverträter  
für die Amtshauptmannschaft.  
Eine wirksame  
**Kalbe**  
unter zweien die Wahl, verkauft  
wegen Nachgucht  
Schmidt, Turmhof Cunnershof.

**Kreisch, 8 Uhr Beichte und Feler des heiligen Abendmahls.**  
9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 4 Uhr Taufgottesdienst.  
Pöffenborn, 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Radler. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Vorwerk. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst: Pfarrer Vorwerk.  
Delka, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Darauf Unterredung mit der seit 1918 konfirmierten Jugend.  
Reichstädt, 9 Uhr Predigtgottesdienst.  
Ruppendorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst.  
Sabisdorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Jugendgottesdienst für die Konfirmierten. 2 Uhr Taufgottesdienst.  
Seifersdorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst.

**Montag den 13. November 1922.**  
Dippoldiswalde. Früh 1/2 8 Uhr Morgenandacht für Schulkinder.  
Kreisch, Kirchweihfest. 9 Uhr Festgottesdienst mit Predigt. 2 Uhr Taufgottesdienst.  
Reichstädt, Kirchweihfest. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst.

**Wettervorhersage.**  
12. Nov.: Veränderlich, teils Sonne, Tags milde.  
13. Nov.: Wenig verändert.  
14. Nov.: Wolken, nachhalt.  
15. Nov.: Veränderlich, vielfach Niederschlag.  
16. Nov.: Kaum verändert.  
17. Nov.: Wolken, vielfach Niederschläge, ziemlich milde.  
18. Nov.: Kaum verändert.

Für die uns anlässlich unserer  
**Silber-Hochzeit**  
erwiesenen Aufmerksamkeiten u. Ehrungen  
danken wir herzlichst.  
Ruppendorf, 8. November 1922.  
**Otto Flemming und Frau Marie geb. Fischer.**

Sonnabend den 11. November abends 7/7 Uhr im Schützenhause  
**Kammernmusikabend**  
des Striegler-Quartetts  
Es sprechen in Tönen zu den Ohren: Josef Haydn, W. F. Mozart, Franz Schubert. — Eintrittspreise: Stammkarte (Familienkarte) 50.— M., 1. Rebenkarte 40.— M., jede weitere 30.— M. Einzelkarte 5.— M. Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Räßner in Dippoldiswalde und Schmiedeberg.  
**Nach dem Konzert Ball.**  
Zu dieser feineren Darbietung laden ergebenst ein  
Kunstverein Dippoldiswalde.

**Turnverein Dippoldiswalde (D.T.)**  
Sonntag den 12. November in der „Reichstrone“  
**öffentl. Unterhaltungsabend**  
bestehend in musikalischen, turnerischen und Tanz-Aufführungen, Theater und nachfolgendem Ball.  
Beginn pünktlich 7 Uhr. Einlass nur von 1/2 6—7/7 Uhr.  
Besteht, auch diesmal wieder nur Gutes zu bieten, laden wir hierzu alle Freunde der Turnerei zu noch und fern herzlichst ein. D. T. Vorverkauf bei Brieur Kothe, Brieur Stephan (Freiberger Str.), Reich. Zimmermann, Zigarengeschäft, Kaufmann Wächner, Buchbindermeyer & Räßner.

**Darlehns- und Sparkassenverein Reichstädt (Sachsen)**  
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung.  
**Außerordentliche Generalversammlung**  
Sonnabend den 18. November abends 7/8 Uhr im Gasthaus zu den grünen Eichen.  
Tagesordnung: 1. Abänderung von § 23 des Statuts.  
2. Etwaige Anträge.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.  
Der Vorstand. Julius Zimmermann, Emil Zimmermann.

**Maschinenoelle**  
**Hermann Lommatzsch**  
Drogerie zum Elefanten  
Dippoldiswalde

Donnerstag früh 1/4 4 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unser kleiner Liebling im 12. Jahre.  
Dippoldiswalde. Die trauernden Hinterbliebenen.  
Familie **Tracubrod**  
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 1/4 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die überaus wohlthuenden Beweise herzlichster Teilnahme beim Helmgange unseres unvergeßlichen lieben Sohnes und Bruders  
**Rudolf Heinrich**  
danken wir herzlich  
Frau Anna Schneider, verw. gew. Heinrich und Kinder.  
Dippoldiswalde.

2  
Sage  
Bezugs  
Gemein  
Nr. 2  
In das  
daß der Eisen  
und seine  
Vertrag vom  
nlegung des  
Amtsgeri

Kof und  
alter erworben  
reichen bei de  
einem einfach  
und darben  
fähige Hände  
Wir richter  
schaft, in den  
Leuten unent  
Anmeldun  
dankend entg

Eine begr  
kommensteuer  
§ 13 Abs. 1  
der Einkünfte  
einem Betrag  
den, sofern die  
des Guthaben  
vor Ablauf v  
Es hand  
sicherung, die  
sicherungen d  
zwingen ist  
entrichten, je  
Leistungsfähig  
zahlte Betrag  
bewegen.  
Jede weite  
walde bereitu

**Sitzung**  
Das Kolleg  
germeister und  
ein Stadter.  
Vor Eintr  
nach längerer  
ersten Male  
Kenntnis  
genehmigten  
Oktoberablesun  
von 22,36 M.  
Genehmigt  
Zimmer der  
verein für 4  
4 Sonnabend-  
für Beleuchtun  
Der Erhöht  
300 M. und d  
gelbes auf 100  
stimmt man zu  
Zum Fort  
Bericht über  
Müllerschule,  
auch hier ein  
nimmt Kennt  
nächster Zeit  
verordneten tel  
Jugstimme  
der Inneneinr  
(1 Million für  
auf, 2 Millio  
schönen). Die  
erfolgt nach vo  
Von den  
schule zu Dre  
gegenüber den  
für die Zeit  
bewilligt. (Di  
Offen 1923 be  
Der näch  
nahmen für M  
die 50 000 M.  
Stadtverordnet  
Spenden und  
nahmen des F  
200 Personen  
Marken) und  
dere bezüglich  
den im Hausba